

Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980 (Auszüge 1945-1947)

Auszug aus Teichová, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980
Böhlau-Verlag Wien Köln Graz 1988

SG: Die ersten Ausgaben der tschechoslowakischen „Glasrevue“ ab 1946 kann man nur verstehen, wenn man die **wirtschaftliche Entwicklung der ČR, ČSR und ČSSR** kennt. Die Darstellung von **Teichová 1988** ist dafür die **beste Quelle**, da sie auf eine antikommunistisch gefärbte Darstellung verzichtet hat. Die positiven und negativen Seiten der Periode des Wiederaufbaus werden soweit erkennbar ausgewogen wiedergegeben. Siehe auch **PK 2011-2, Teichová, Politik und Wirtschaft in der Tschechoslowakei 1918-1945 (Auszüge)** und **PK 2011-2, Turner, Die gegenwärtige Lage der Glasindustrie in der Tschechoslowakei (1922)**

Abb. 2012-4/06-01

Teichová, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980, Wien 1988, Einband



Teichová, Wirtschaftsgeschichte
der Tschechoslowakei 1918-1980
Böhlau-Verlag Wien Köln Graz 1988
www.boehlau-verlag.com
ISBN 3-205-0-5162-9
144 S., broschiert, € 19,20

s.a. <http://books.google.de/books> ...
Teichova + Tschechoslowakei ... (Auszüge)

S. 79 ff., 1. Voraussetzungen des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach der totalen Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands wurde der **tschechoslowakische Staat in seinen vormünchener Grenzen wiederhergestellt**. Ausgenommen blieb die Karpato-Ukraine, die am 29. Juni 1945 an die Sowjetunion abgetreten wurde. Für den Wiederaufbau der Tschechoslowakischen Republik spielte der **slowakische Volksaufstand** gegen die deutsche Okkupationsarmee im August 1944 eine entscheidende Rolle. In seiner Bedeutung steht er neben zwei weiteren historischen Ereignissen, die ebenfalls eine außerordentlich wichtige Stellung in der tschechoslowakischen Geschichte einnehmen, weil sie das gesellschaftliche Leben des wieder entstandenen Staates nach 1945 erheblich beeinflussten. Das eine Ereignis war die Vernichtung der Bevölkerung und „Ausradierung“ des Dorfes **Lidice** im Juni 1942 durch die deutsche Besatzungsmacht im Protektorat Böhmen und Mähren. Diese Gräueltat verursachte Entsetzen und Entrüstung in allen alliierten Ländern und trug wesentlich dazu bei, dass das **Münchener Abkommen** vom **30. September 1938** von Großbritannien und Frankreich annulliert wurde. Das andere Ereignis war der **Mai-Aufstand** gegen die deutsche Okkupation in Prag, wo die Kämpfe bis zum 9. Mai 1945 andauerten - einen Tag nach „V-Day“ dem offiziellen Tag des Kriegsendes in Europa.

Am **5. April 1945** nach der Rückkehr des **Präsidenten, Dr. Eduard Beneš**, in das befreite Gebiet wurde in der ostslowakischen Stadt **Košice** das Programm der neuen Regierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken bekannt gegeben. Es bekräftigte die Gleichberechtigung der beiden Völker.

Im allgemeinen wurde die wirtschaftspolitische Nachkriegsorientierung der mittel- und südosteuropäischen Regierungen durch die Anwesenheit der **Sowjetarmee**, wenn auch nicht geschaffen, so doch **entscheidend beeinflusst**. Dies gilt auch für die Tschechoslowakei. Jedoch aus spezifisch historischen Gründen nahm sie eine **Sonderstellung** ein, die ihre Ausgangsposition günstiger gestaltete. **Als einziger mittel- und südosteuropäischer Staat** konnte in der Tschechoslowakei mit einer **konstruktiven Aufbaupolitik** sofort begonnen werden; denn die Exilregierung war ernstlichen Differenzen durch intensive innen- und außenpolitische Verhandlungen zuvorgekommen. Schon vor dem Kriegsende erreichte Eduard Beneš als tschechoslowakischer Präsident im Exil die Zustimmung der großen Vier (USA, Großbritannien, Frankreich und UdSSR) zu seinen Hauptanliegen: der vollkommene Aufhebung des Münchener Abkommens, dem Abschluss eines tschechoslowakisch-sowjetischen Bündnisses und der

Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der wieder zu errichtenden Tschechoslowakischen Republik.

[...]

S. 83 ff. 2.2. Wanderungsbewegung und Veränderungen in der Nationalitätenstruktur

Der Zweite Weltkrieg löste in Europa eine in der Neuzeit in diesem Ausmaß noch nicht erlebte **Bevölkerungsbewegung** aus. So auch in der Tschechoslowakei, wo die Migration in unterschiedlichen Phasen verlief.

Unmittelbar nach Kriegsende begann die Repatriierungsaktion der Regierung, in der bis Ende September **1948** rund **950.000 Personen in ihre Heimat zurückkehrten**: davon waren 800.000 zum Teil Zwangsarbeiter, die im nationalsozialistischen Deutschland eingesetzt worden waren, sowie befreite Häftlinge aus Konzentrationslagern - 235.000 tschechoslowakische Konzentrationslagerinsassen waren ermordet worden; in der Gesamtzahl der Heimkehrer sind auch die Soldaten enthalten, die im Ausland in tschechoslowakischen Einheiten gekämpft hatten. Weitere 150.000 kehrten aus der Emigration zurück.

Der erheblichste Eingriff in die Zusammensetzung der Bevölkerung, der zur Umwälzung in der Nationalitätenstruktur führte, ergab sich aus der **planmäßigen Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei**, wobei sich die tschechoslowakische Regierung auf den Beschluss der **Potsdamer Konferenz** der Siegermächte (17. Juli bis 2. August **1945**) stützte. Offiziell begann der Abschied der deutschen Minderheit am **25. Januar 1946**, dauerte im Großen und Ganzen bis **November 1946**, und wurde amtlich Mitte 1947 abgeschlossen. In dieser Zeitspanne wurden insgesamt **2.996.000 Deutsche unter Verlust ihrer tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft und ihres Eigentums**, außer am notwendigsten persönlichen Gebrauchsgegenständen, ausgesiedelt. Von dieser Gesamtzahl kamen 176.000 aus der Slowakei, **660.000 Personen deutscher Nationalität hatten die Tschechoslowakei noch vor der offiziellen Aussiedlungsaktion verlassen**. In der Republik verblieben ungefähr 150.000 Deutsche. Vor allem für unentbehrlich gehaltene **Fachleute**, Antifaschisten und Ehepartner aus Mischehen.

Ähnlich sollte **1945** etwa mit einer halben Million Angehöriger der **ungarischen Minderheit** in der Slowakei verfahren werden. Obwohl dieser Vorgang spontan begann, wurde er nach tschechoslowakisch-ungarischen Friedensverhandlungen **1946** eingestellt und Übergriffe mussten soweit als möglich wieder gutgemacht werden. Nach dem zwischenstaatlichen Übereinkommen wurden insgesamt 68.407 Ungarn aus der Tschechoslowakei (rund 12 % der gesamten ungarischen Minderheit) gegen aus Ungarn zurückkehrende Slowaken ausgetauscht.

Zu den besonderen Merkmalen der Auswanderungszahlen nach **1945** gehören zwei weitere **politisch bedingte Emigrationswellen**. Sie erlangten zwar bei weitem nicht dieselbe Größenordnung wie die Nationalitätenumschichtungen, doch betrafen sie fühlbar bestimmte Gesellschaftsschichten. Nach der offiziellen tschechoslowakischen Statistik emigrierten 1948 und 1949 ins-

gesamt 10.685 Staatsbürger. Da dies vor allem als eine Reaktion auf die **Machtübernahme der KSČ im Februar 1948** gewertet werden muss, kann angenommen werden, dass es sich vorwiegend um Tschechen und Slowaken handelte, die mit den eingetretenen politischen Verhältnissen nicht einverstanden waren. Nach der von der Sowjetunion geführten **Warschauerpakt-Invasion der Tschechoslowakei im August 1968** wanderten nach offiziellen Angaben zwischen 1968 und 1970 insgesamt 31.769 Menschen ins Ausland ab; eine große Anzahl dieser Emigranten bestand aus Jugendlichen und Intellektuellen. In beiden Fällen überschritten die Auswanderungszahlen um das drei- bis fünffache den Durchschnitt der darauf folgenden restriktiven Jahre. Besonders die letztere Emigrationswelle musste die allgemein negative Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung noch unterstreichen.

Die **überstürzte Aussiedlungspolitik 1946** führte zu einem **einschneidenden Arbeitskräfteverlust** und zur **teilweisen Entvölkerung sowohl forstwirtschaftlicher als auch hoch industrialisierter Gebiete** in den nördlichen und nordwestlichen Landesteilen des Staates. Dies erforderte eine durchgreifende Ansiedlungspolitik, die sich in **großen Bevölkerungsbewegungen im Inland** auswirkte. Der Zustrom kam fast aus allen Gegenden, besonders wanderten aber Einwohner aus den noch relativ überbevölkerten ländlichen Gebieten der Slowakei zur Landnahme und zur Besetzung von Arbeitsplätzen in die tschechischen Grenzgebiete. Schon **Mitte 1946 waren 2.000.000 und im Dezember 1948 12.590.149 Menschen aus dem Staatsinneren in die Grenzgebiete übersiedelt**. Zwar ersetzte dies fast die ausgesiedelte Bevölkerung, aber durch die Verschwendung von Vermögenswerten, durch ein niedrigeres Niveau der landwirtschaftlichen Produktion und den **Mangel an gelernten Arbeitern** konnte die volkswirtschaftliche Effizienz dieser Regionen nur mit großen Schwierigkeiten und langfristig wiederhergestellt und genützt werden. Nach 1950 setzte sich die Bevölkerungsbewegung von der Slowakei in die tschechischen Länder fort und betrug bis 1969 weitere 161.000 Einwohner.

Gleichzeitig verstärkte sich infolge der **planmäßig vorangetriebenen Industrialisierung die Verstädterung** (der Anteil der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern sank von 52,6 Prozent 1930 auf 38 Prozent 1970) und die Bevölkerungsverdichtung in Industriegebieten.

S. 85 ff. 2.3. Verteilung der ökonomisch aktiven Bevölkerung nach Wirtschaftssektoren und -zweigen

In der **Periode der sozialistischen Planwirtschaft**, in der die Tschechoslowakei offiziell ab **1960** als Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR) erklärt wurde, können die Auswirkungen der Industrialisierung auch aus der Verteilung der ökonomisch aktiven Bevölkerung abgelesen werden.

In **Tabelle 14** [Tabelle 14 hier ausgelassen] wird die ausgeprägte Umstrukturierung der beruflichen Verteilung der Bevölkerung auf die Wirtschaftssektoren zwi-

schen 1950 und 1970 deutlich: der **Anteil an der Industrie stieg von 36,3 auf 48,1 Prozent und fiel in der Landwirtschaft von 30,9 auf 16,3 Prozent**. Im Dienstleistungssektor kam es zu einem geringeren Zuwachs von 32,8 auf 35,6 Prozent. Im Vergleich zu ähnlich hoch industrialisierten kapitalistischen Volkswirtschaften Europas hinkte der tertiäre Sektor in der ČSSR weit hinterher.

In den 25 Jahren von 1945 bis 1970, in denen die **Industrialisierung der Slowakei** beschleunigt vor sich ging, wurden die Ungleichheiten des West-Ost-Gefälles der vormünchener Republik weitgehend vermindert, so dass sich die Aufholdauer der Slowakei gegenüber den tschechischen Ländern, die 1948 noch auf mehr als 50 Jahre geschätzt wurde, bis 1968 auf ungefähr 20 Jahre verkürzt hatte.

Ein Vergleich der Verteilung der **Beschäftigten auf die Hauptzweige der tschechoslowakischen Volkswirtschaft** in den Jahren 1948 und 1968 ist in **Tabelle 33** festgehalten. Die Anordnung in produktive und nicht-produktive Wirtschaftszweige veranschaulicht das marxistische Konzept, dass nur die Schöpfung materieller Werte als produktiv betrachtet werden kann. Dies schlug sich in allen gesamtwirtschaftlichen Berechnungen der ČSSR nieder. Darin liegt auch bis zu einem gewissen Grade die Erklärung für die Vernachlässigung des Dienstleistungssektors. Obwohl die **Zuwachsraten der Beschäftigten in Wissenschaft und Forschung und im Sozialwesen zusehends anstiegen**, verblieb die überwiegende Mehrheit der Arbeitskräfte in der Industrie und im Bauwesen; auch die Hälfte aller im Jahre 1948 in der Landwirtschaft Beschäftigten ging bis 1968 meist in die Industrie ab.

Bis zum **Ende des Zweijahresplanes im Jahr 1948** war im wesentlichen das **Vorkriegsniveau in der tschechoslowakischen Volkswirtschaft sowie die Vollbeschäftigung erreicht** worden (vgl. S. 121). In den weiteren Planungsperioden wurde die Gesamtzahl der Beschäftigten - unter Einbeziehung aller sozialen Schichten in ein Lohnarbeitsverhältnis - zwischen 1948 und 1968 um 22,6 Prozent erhöht (vgl. Tabelle 33). Die sich daraus ergebende Nivellierung der Gesellschaft wird im folgenden Kapitel besprochen. Hier soll die bemerkenswerte Rolle der **Frauen** in dieser Entwicklung hervorgehoben werden, denn sie trugen am meisten zur Expansion des Beschäftigtenstandes bei: Der Arbeitskräftezuwachs zwischen 1950 und 1972 betrug 1.602.000, davon waren 1.258.000 Frauen, das sind 78,5 Prozent. Der **Beschäftigungsgrad** hatte in dem Jahrzehnt **nach 1970 eine solche Intensität erreicht, dass bei männlichen Arbeitskräften eine Erhöhung kaum mehr für möglich gehalten wurde**. Ein weiteres Ansteigen der Zahl der Frauen im Arbeitsprozess hatte aber zu einer noch größeren Gefährdung des Bevölkerungszuwachses geführt. Es entstand eine widerspruchsvolle Situation: einerseits versuchten die Planer, immer mehr Arbeitskräfte im Produktionssektor einzustellen, andererseits wirkten das niedrige Rentenalter, die allgemeine Wehrpflicht, das Anwachsen des bürokratischen Apparates, die **große Anzahl der in Ausbildung stehenden jungen Menschen** und die sozialen Maßnahmen zur

Steigerung der Geburtenrate den Anforderungen des Arbeitseinsatzes entgegen.

[Tabelle 33 hier ausgelassen]

S. 87, 3. Von der bourgeoisen zur egalitären Gesellschaft

Um die fundamentale Umgestaltung der tschechoslowakischen Gesellschaftsschichten verstehen zu können, muss der Zusammenhang mit den **revolutionären Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse zwischen 1945 und 1953** hergestellt werden. In dieser kurzen Zeitspanne wurde das Fundament der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zerstört. Die ökonomische Grundlage dieser Phase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus lag in der Nationalisierung durch **Verstaatlichung aller Produktionsmittel**, so dass schließlich **nur Verbrauchsmittel im Privateigentum** verblieben.

In der Tschechoslowakei bestand eine günstige sozio-ökonomische Atmosphäre für Nationalisierung und sozialistische Maßnahmen, da die Wunschvorstellungen von einer gerechten Gesellschaftsordnung im Sozialbewusstsein breiter Schichten tiefe historische Wurzeln hatten. Durch die sozialen Umschichtungen während des Krieges, besonders in den tschechischen Ländern, hatten sich diese Hoffnungen noch vertieft. Obwohl von der Erfahrung der Mehrheit der Bevölkerung aus gesehen vereinfacht, jedoch im wesentlichen der historischen Wirklichkeit entsprechend, stand an einem Ende der tschechoslowakischen Gesellschaft die **Kollaboration, vor allem des Großunternehmertums mit dem nationalsozialistischen Besatzungsregime** und am anderen Ende die zunehmende Entwurzelung des Kleinbürgertums durch Arbeitseinsatz daheim und Zwangsarbeit im Reich. In den nachdrücklichen Forderungen der KSC, die unterstützt von der ČSPD das Nationalisierungsprogramm in der Regierung der Nationalen Front durchsetzte, spiegelte sich daher die allgemeine Stimmung wider, die eine Reprivatisierungspolitik ausschloss. Zur gleichen Zeit waren in allen Industriegebieten spontan **Betriebsräte** gewählt worden, die die **Sozialisierung ihrer Fabriken** vorantrieben und zuweilen selbst in die Hand nahmen; erst nach der **kommunistischen Machtübernahme 1948** wurde ihr wirtschaftspolitischer Einfluss stufenweise abgebaut. Unter diesen objektiven Bedingungen schritt die Tschechoslowakei als erster Staat nach der UdSSR zur **restlosen Nationalisierung der Großindustrie, der Banken und des Versicherungswesens**.

S. 87 ff., 3.1. Gesellschaftliche Schichtung und soziale Mobilität

In den ersten drei Nachkriegsjahren wurden die wirtschaftlichen und somit die politischen Positionen der Bourgeoisie untergraben. Mit wenigen Ausnahmen antifaschistischer Haltung hatte sich das **tschechische Großunternehmertum den Forderungen der deutschen Kriegswirtschaft angepasst**, und daher unterlag sein Eigentum als jenes von Kollaborateuren, Verrätern und Kriegsgewinnern, wie das von Feinden, im Sinne des **Košice-Programms** der sofortigen entschädigungslosen Nationalisierung. Dem folgte die **erste große**

Nationalisierungswelle zwischen 1945 und 1947. Am **24. Oktober 1945** unterzeichnete Präsident Beneš das **Nationalisierungsdekret** und am 28. Oktober, am Jahrestag der Entstehung der Tschechoslowakischen Republik 1918, wurde es feierlich bekannt gemacht. Davon waren ganze Industriezweige betroffen, die als **Schlüsselindustrien** verstaatlicht wurden, wie der **Bergbau, die Kraftwerke, die Eisen-, Stahl- und Rüstungsindustrie, die chemische- und pharmazeutische Industrie, die Zelluloseerzeugung, Zementwerke, Zuckerraffinerien und Brennereien, wie auch alle Banken und Versicherungsgesellschaften.** In anderen Branchen wurden alle **Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten**, aber auch mit einer niedrigeren Beschäftigungszahl bis zu 150, oder gemessen nach Produktionskapazität, wenn dies im nationalen Interesse für nötig gehalten wurde, verstaatlicht. Schon im **Frühjahr 1947** beschäftigte die **nationalisierte Industrie** zusammen mit den konfiszierten Unternehmen ungefähr **80 Prozent aller Arbeiter** und verfügte über zwei Drittel der gesamten Produktionskapazität der tschechoslowakischen Volkswirtschaft. Obwohl in der Nationalisierungsgesetzgebung Entschädigungen vorgesehen waren, wurden im Laufe der Zeit **nur ausländische Besitzer entschädigt, so dass die heimischen Großunternehmer ihren Besitz einbüßten.** Nach Abschluss der ersten Nationalisierungswelle setzte sich die tschechoslowakische Volkswirtschaft aus einem sozialistischen Sektor und einem privatkapitalistischen und kleingewerblichen Sektor zusammen.

Weitere empfindliche Schläge wurden den bürgerlichen Schichten durch die erste **Nachkriegswährungsreform** am **1. November 1945** und die Millionärsabgabe im Oktober 1947 versetzt. Zwar war das vorrangige Ziel der Währungsreform, die vom Krieg geerbte Inflation einzudämmen und den Kurs der Tschechoslowakischen Krone (Kčs) im Rahmen des Internationalen Währungsfonds zu stabilisieren. Gleichzeitig aber erlaubte die tschechoslowakische Regierung jeder Person, nur 500 Kronen Bargeld zu besitzen und zog 85 Prozent des Geldumlaufes ein. Alle Konten wurden gesperrt; nur mit spezieller Erlaubnis konnte man Geld abheben. Alle Lebensversicherungen und Staatspapiere wurden eingefroren. Mit diesen Eingriffen in Vermögenswerte wurden sowohl **Inflationsgelder wie auch akkumulierte Kriegsgewinne abgeschöpft.** Als sich im Laufe des Jahres **1947** die politische und wirtschaftliche Situation zuspitzte (vgl. S. 100), bestand die KSČ auf einer einmaligen Vermögensabgabe, der so genannten Millionärssteuer, die von ungefähr 50.000 Personen eingehoben werden und 3 Milliarden Kčs (20 Millionen \$) einbringen sollte. Nach heftigen politischen Zusammenstößen im Parlament wurde die **Millionärssteuer Ende Oktober 1947** verabschiedet. In der Folge erhöhte diese Abgabe das Staatseinkommen um rund 1,1 Milliarden Kčs. Dies war zwar nur ein Drittel der erwarteten Summe, trug aber zur Schwächung des Großprivatbesitzes bedeutend bei.

In dieser Periode der erhöhten internationalen und innerpolitischen Spannung zielte die kommunistische Politik in der ČSR auf die stufenweise Verlagerung der politischen Macht auf die KSČ, verbunden mit der

ständigen Ausdehnung des staatlichen Sektors der Volkswirtschaft mit steigendem Druck auf den privatwirtschaftlichen Sektor. Anfang **1948** gelang es der KSČ die entstandene Regierungskrise zu ihrem Vorteil zu nutzen, und sie bildete am **25. Februar 1948** eine von ihr vollkommen dominierte **Regierung unter Klement Gottwald.** Mit dem Gesetz vom **28. April 1948** wurde die **zweite Nationalisierungswelle** eingeleitet, in der **alle Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten verstaatlicht** wurden; ebenso wurde die **völlige Verstaatlichung des Groß- und Außenhandels** angeordnet. In der ersten Hälfte 1948 schritt man zur Reorganisation des Bankwesens, so dass nur je eine Bank in den tschechischen Ländern und in der Slowakei bestehen blieb, und auch das Sparkassensystem wurde verstaatlicht und vereinheitlicht. Während des Jahres 1948 überschritt die Nationalisierungsaktion das gesetzliche Maß und bis zum Jahresende **verschwanden fast alle Privatunternehmen, die mehr als 20 Personen beschäftigten.** Durch die Kumulation all dieser Maßnahmen wurde dem Groß- und Mittelbürgertum die wirtschaftliche Grundlage entzogen und es wurde seine Bedeutung in der Gesellschaft weitgehend eliminiert. Zur vollkommenen Auflösung als Gesellschaftsklasse kam es nach der **radikalen Währungsreform vom 1. Juni 1953** (vgl. Tabelle 34; hier ausgelassen), in der die Mittel, die seit der ersten Währungsreform auf Sperrkonten verblieben waren, sowie alle Staatspapiere annulliert wurden, und die jeden Einzelnen einen Barbetrag von 300 neuen Kčs in der Hand ließ (vgl. S. 115). Soweit Angehörige des Großbürgertums bis 1948 nicht ausgewandert waren, wurden sie als Arbeiter und Angestellte in den Arbeitsprozess eingegliedert.

Der **privatwirtschaftliche kleingewerbliche Sektor** der tschechoslowakischen Volkswirtschaft war von den **Nationalisierungswellen zwischen 1945 und 1948 nicht betroffen.** Im Gegenteil, die **materielle Lage der Einzelhändler, selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden war zufrieden stellend.** Zum einen, aufgrund des raschen Wirtschaftsaufschwunges, zum andern, durch den Erwerb von konfiszierten Handwerkstätten, Gewerbebetrieben und Läden, Einfamilienhäusern und von anderem beschlagnahmten Gut unter günstigen Bedingungen, meist in den ehemals von der deutschen Bevölkerung bewohnten tschechischen Randgebieten. Es ist schwer diese soziale Mobilität zu quantifizieren oder sie klassenmäßig festzuhalten, da statistische und soziale Daten fehlen. Es kann aber angenommen werden, dass dieser Zufluss in die Mittelschichten vorwiegend aus den proletarischen und halbproletarischen Schichten der städtischen Bevölkerung kam. Die Aufwärtsbewegung in die kleinbürgerlichen Mittelschichten war jedoch relativ kurz befristet. Denn zwischen **1948 und 1953 wurde die selbständige handwerkliche und gewerbliche Produktion und der Kleinhandel vollends verstaatlicht** und in der Folge die kleinbürgerlichen Schichten ökonomisch liquidiert. Mit diesem radikalen Eingriff in den kleingewerblichen privatwirtschaftlichen Sektor übertraf die tschechoslowakische Nationalisierungspolitik die aller anderen mittel- und südosteuropäischen Staaten. Von 383.000 Kleinunternehmen mit 905.000 beschäftigten Personen

im Jahr 1948 bestanden 1956 nur mehr 47.000 Kleinunternehmen mit 50.000 Beschäftigten. Von Jahr zu Jahr wurde diese Zahl kleiner, 1972 wurden 2.000 vereinzelte selbständige Handwerker im Lande erfasst.

Durch die Sozialisierung des Kleingewerbes und -handels anfangs der 1950-er Jahre veränderte sich die Stellung dieser Schicht in Gesellschaft und Wirtschaft grundsätzlich. Nur eine geringe Zahl ehemals privateigener Werkstätten wurde in den nationalisierten Sektor eingefügt. Ungefähr 200.000 vormals selbständige Gewerbetreibende fanden Arbeitsplätze in den verstaatlichten Industrien. Weitere 100.000 Kleinunternehmen traten nicht-landwirtschaftlichen Genossenschaften bei, die schon lange vor 1948 bestanden hatten. Das **Genossenschaftsgesetz vom 27. Oktober 1954** integrierte sämtliche Genossenschaften in die Planwirtschaft. In der Folge deckten kleine Produktionsgenossenschaften, denen nicht mehr als 5 Mitglieder angehörten, einen Teil des örtlichen Bedarfs. Zwischen 1961 und 1979 existierten in Böhmen und Mähren durchschnittlich 125.000 solche Einheiten. [...]

[...]

S. 96 ff., 4. Wirtschaft und Staat - Vom Privateigentum zur Verstaatlichung der Produktionsmittel - Von der Markt- zur Planwirtschaft

Die hier zu behandelnde Periode der **tschechoslowakischen Planwirtschaft** erstreckt sich von **1945 bis 1980**. Die Entwicklung während der **ersten 4 Fünfjahrespläne zwischen 1948 und 1970** eignet sich als Zeitspanne, die halbwegs mit der vormünchener Republik vergleichbar ist. Diese Periode umfasst auch die Wirtschaftsreformbestrebungen der zweiten Hälfte der 1960-er Jahre und deren plötzlichen Abbruch durch die von der Sowjetunion geleitete **Warschauer-Pakt-Invasion des Landes im August 1968**. Im darauf folgenden Jahrzehnt der so genannten **Normalisierung von 1970 bis 1980** wurden **2 weitere Fünfjahrespläne** (der 5. und 6. Fünfjahresplan) verabschiedet, die hier in die Beurteilung der ökonomischen Entwicklung in der Tschechoslowakei einbezogen werden.

Den Fünfjahresplänen ging eine **kurze Phase des Wiederaufbaus voraus, der sich in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutend rascher vollzog als nach dem Ersten Weltkrieg**. Die Erholung der Wirtschaft erfolgte in zwei Stufen. In einem ersten Schritt wurde in den Jahren **1945 und 1946 die Folgen des Krieges überwunden**, mit dem Zweijahresplan (2 JP) von **1947 und 1948 konnten sodann einerseits das volkswirtschaftliche Niveau des Jahres 1937 im wesentlichen wiederhergestellt** werden, andererseits die Grundsteine zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zur Planwirtschaft gelegt werden.

Das Erbe des Krieges hinterließ tiefe Spuren in Gesellschaft (vgl. S. 83 f.) und Wirtschaft der Tschechoslowakei. Obzwar das Staatsgebiet, ausgenommen der östlichen Slowakei, nicht so wie andere mittel-, ost- und südosteuropäische Kriegsschauplätze zerstört worden war, kamen 1945 die **systematisch gesteigerte Ausbeutung während der 6 Jahre deutscher Besetzung und die Zerrüttung durch die Kämpfe in der Endphase**

des Krieges zum Tragen. Offizielle und halboffizielle Schätzungen der **Kriegsschäden bewegen sich zwischen 350 und 430 Milliarden tschechoslowakischer Vorkriegskronen**. Dies entspricht der **Summe des Volkseinkommens der ČSR der Jahre 1932 bis 1937**. Dazu kommen der zwar nicht in Geld ausdrückbare aber unersetzliche **Verlust von 360.000 Opfern der nationalsozialistischen Herrschaft**, sowie weitere Hunderttausende befreiter Häftlinge, deren Gesundheit übertragen war. An **Reparationen erhielt die Tschechoslowakei sehr wenig**, da kein Friedensvertrag mit Deutschland und seinen Alliierten zustande kam. Gewisse Beträge waren von der Inter Allied Reparation Administration bestimmt worden; davon erhielt die ČSR insgesamt Reparationslieferungen im Werte von 500 Millionen Kčs (d.s. 0,14 Prozent der niedrigsten Schätzung der Kriegsschäden), doch **1948 versiegte diese Wiedergutmachung**. Zur unmittelbaren Linderung der Not belieferte die **Sowjetarmee die tschechoslowakische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten**; und dann setzte die Hilfsaktion der United Nation Relief and Rehabilitation Administration (**UNRRA**) ein, die beachtlich zur Erholung der alliierten Länder in Europa, so auch der Tschechoslowakei, beitrug (vgl. S.98).

Um zunächst das Vorkriegswirtschaftsniveau zu erreichen waren von dem wiedererrichteten Staat gewaltige Aufgaben zu bewältigen. **Nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich die Tschechoslowakei aus der größeren Wirtschaftseinheit Österreich-Ungarns herausgelöst; nach dem Zweiten Weltkrieg musste die in verschiedene Wirtschaftsbereiche zerstückelte ČSR wieder zusammengefügt werden**. Da die vormünchener Republik im wesentlichen in fünf Teile zerfallen war, die sich ab 1939 gesondert entwickelt hatten, wurden die durch die Kriegswirtschaft verursachten Verzerrungen noch vertieft. Neben den von Polen und Ungarn zurückgestellten Gebieten galt es die 1938 in das Deutsche Reich einverleibten Grenzgebiete (das so genannte Sudetenland), das der deutschen Wirtschaft 1939 untergeordnete so genannte Protektorat Böhmen und Mähren sowie die Wirtschaft des abgetrennten slowakischen Staates wieder zu einer einheitlichen Volkswirtschaft zusammenzuführen. Das **Košice-Programm** strebte in dieser Hinsicht als eine der politischen Prioritäten den **wirtschaftlichen West-Ost-Ausgleich** durch die **beschleunigte Industrialisierung der Slowakei** an (vgl. 5.80).

Im stärkeren Ausmaße als nach dem Ersten Weltkrieg hatten die **Anforderungen des Zweiten Weltkrieges die tschechoslowakische Wirtschaftsstruktur verzerrt, indem die überdimensionierte Rüstungsproduktion den Bergbau und die Schwerindustrie überbeansprucht und erschöpft hatte, während andere Wirtschaftszweige technisch vernachlässigt und praktisch abgebaut** worden waren. Für den Übergang zur Friedensproduktion waren daher langfristige Maßnahmen nötig. In der unmittelbaren **Nachkriegszeit fehlten jedoch vor allem Nahrungsmittel, Roh- und Brennstoffe, und die Industrie war nur zu 40 Prozent ihrer Kapazität ausgelastet**. Im Mai 1945 betrug die monatliche Durchschnittsförderung von Steinkohle im Vergleich mit 1937 nur 17 Prozent, in der Braunkohle

lenförderung waren es 34 Prozent, die Roheisenproduktion erreichte aber nur 10 Prozent und die Stahlerzeugung sogar nur 3,5 Prozent der Vorkriegswerte. Die damalige Kohlennot fällt besonders in den Vorratslagern der Eisenbahnverwaltung auf, die in der Vorkriegszeit minimal einen 42-Tagesverbrauch enthalten mussten, die jedoch im November 1945 auf Vorräte für nur 3 Tage geschrumpft waren. Weitgehende **Zerstörungen von Eisenbahn- und Straßenstrecken** hatten den Verkehr teilweise lahm gelegt. Nur die Hälfte der Lokomotiven waren im Lande verblieben, der Rest in ganz Europa verstreut. Die Anfangsschwierigkeiten konnten relativ rasch überwunden und das **Vorkriegsniveau im Verkehrsnetz bis 1947 sogar überholt** werden.

Von Mai bis Ende 1945 hatte sich zwar die Industrieproduktion um 5 bis 10 Prozent erhöht, aber der Industrieausstoß betrug im Vergleich zu 1937 noch immer nur 50 Prozent, die landwirtschaftliche Produktion 65 Prozent. Trotzdem **erholte sich die tschechoslowakische Wirtschaft, besonders die industrielle Produktion, schneller als nach 1918 und auch schneller als in einigen vergleichbaren westeuropäischen Staaten wie z.B. in Frankreich und Belgien. Bis 1946 waren ungefähr 80 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht** worden bei gleichzeitigen Verlusten durch die Ausweitung der deutschen Bevölkerung. Dagegen hinkte die Landwirtschaft hinter dem Vorkriegsniveau einher.

Obwohl sich die **im Interesse der deutschen Kriegsführung gelenkte Wirtschaft sehr negativ auf die Struktur der tschechoslowakischen Nachkriegsökonomie ausgewirkt** hatte, übernahm die Košice-Regierung nach dem **Mai 1945** einen Teil des Instrumentariums der direktiven Kriegswirtschaft, um die Nachkriegswirren zu bewältigen und die Versorgungsmängel zu beheben. Wie in vielen anderen europäischen Ländern wurden besonders die Rationierung von lebenswichtigen Waren, die **Bewirtschaftung** von Roh- und Brennstoffen und Pflichtabgaben der Landwirtschaft fortgesetzt. Auch weitere Elemente der Wirtschaftslenkung wurden beibehalten, wie die **Regulierung** der Preise, Löhne und des Arbeitsmarktes, die Devisenbewirtschaftung, die Zentralisierung des Kreditwesens, und **Außenhandelskontrollen**. Zwar war dies ein Resultat der Nachkriegszwänge, doch entsprach der Staatsinterventionismus im großen Ausmaß dem Regierungsprogramm der Nationalen Front, in dem die Forderungen der KSČ im Sinne „des spezifischen tschechoslowakischen Weges zum Sozialismus“, eine entscheidende Rolle spielten. Noch waren große Teile der Mittel- und Kleinindustrie, die Mehrheit des Bauwesens und fast die ganze Landwirtschaft privatwirtschaftlich geführt, aber eine völlige Rückkehr zur Marktwirtschaft der Vorkriegszeit fand nach 1945 nicht mehr statt.

Problematisch entwickelte sich die **Finanzlage der ČSR**. Dem wiedererstandenen Staat wurde eine entwertete Währung und zerrüttete Staatsfinanzen beschert. Ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg führte die Regierung eine einschneidende **Währungsreform** durch, (vgl. S. 88) die am **1. November 1945** in Kraft trat, und

legte schließlich den Kurs auf 50 Kčs für 1 US \$ fest. Dies ermöglichte der Tschechoslowakei die Mitgliedschaft im **Internationalen Währungsfonds** und bedeutete eine Basis für den **Export**. Im weiteren konnte dieser Kurs nur mit Schwierigkeiten aufrechterhalten werden und auch der Haushaltsausgleich und die Zahlungsbilanz kamen in Bedrängnis.

In der ersten Phase der finanziellen Konsolidierung bedeuteten vor allem die **UNRRA-Lieferungen** eine wesentliche Hilfe für die Staatsfinanzen. Am Höhepunkt der UNRRA-Hilfe im Jahre 1946 betrug die Warenlieferungen 5 Prozent der Gesamteinfuhr. Da diese Güter nicht bezahlt werden mussten, aber am heimischen Markt verkauft werden konnten, trugen sie zu einem günstigeren als erwarteten Haushaltsausgleich und auch zu einer günstigeren Handelsbilanz bei. Bis Ende Januar 1949 waren für 15,5 Milliarden Kčs (310 Millionen US \$) UNRRA Hilfslieferungen in die ČSR gesandt worden, die 28 Prozent der Staatsausgaben für das Gesundheitswesen, soziale Dienstleistungen, Repatriierungs- und Wiederaufbauaktionen deckten. Zum Unterschied von anderen Empfängerländern wurde die UNRRA-Aktion in der Tschechoslowakei nicht mit einer Kreditfinanzierung des Wiederaufbaus fortgesetzt. Zwischen 1945 und 1947 räumte zwar die USA und Großbritannien der Tschechoslowakei Handelskredite ein, die jedoch zum Großteil ungenutzt blieben, nachdem die Möglichkeit weiterer Kreditaufnahmen im Juni 1947 abgebrochen wurde. Nach der **Absage der ČSR zum Marshall-Plan** entstand ein Defizit in der Zahlungsbilanz von 1947, dem ein Schwund in den Devisenreserven der Tschechoslowakischen Nationalbank folgte. Für den Wiederaufbau der Wirtschaft wurde daher vorrangig nicht Auslandskapital herangezogen, sondern die **Kapitalbeschaffung basierte überwiegend auf der Verstaatlichung des Privateigentums der heimischen Industrie und Banken, die in drei Wellen zwischen 1945 und 1948** vorgenommen wurde (vgl. S.88 f.). Da davon auch Auslandskapitalbeteiligungen betroffen waren und Kompensationsverhandlungen kompliziert und langwierig verliefen, erschwerte dies die Kreditbeschaffung im Westen außerordentlich.

Nach zeitgenössischer Ansicht wurde die **Tschechoslowakei zwischen Mai 1945 und Februar 1948 als „eine Insel wirtschaftlicher Stabilität“** betrachtet. Aufgrund der fortgeschrittenen Industrie und der exportorientierten Wirtschaft nahm die Tschechoslowakei eine spezifische Stellung unter den mittel- und südosteuropäischen Staaten ein. Durch den Ausfall Deutschlands erhöhte sich zu dieser Zeit die Rolle als **Exporteur industrieller Güter**, besonders für den außerordentlichen Nachholbedarf des **osteuropäischen Marktes**. Aber auch die **große Nachfrage auf dem westeuropäischen und dem heimischen Markt** wirkte sich günstig auf den Wiederaufbau in der ČSR aus. Die Produktion erholte sich zwar relativ schneller als der Außenhandel, doch konnte der **Export rasch wieder aufgenommen** werden.

Das Wachstumspotential der **tschechoslowakischen Wirtschaft war nach 1945 im Allgemeinen am größten von allen mittel- und südosteuropäischen Volkswirtschaften**. Die spezifische Situation lag darin, dass

die Planwirtschaft unter Bedingungen eines relativ hoch industrialisierten demokratischen Landes eingeführt wurde, das seit Erlangen der Selbständigkeit 1918 als ein Teil der internationalen Arbeitsteilung notwendigerweise eng mit dem Weltmarkt verbunden war, denn die Stärke der ČSR lag in der **industriellen Produktion**, die **Schwäche in der Rohstoffversorgung**. Unter Beibehaltung des Spezifikums der tschechoslowakischen Volkswirtschaft bestanden allenfalls objektive Möglichkeiten bisher unversuchte, vom Sowjetmodell abweichende, Methoden des geplanten Wirtschaftswachstums anzuwenden. Auf der realen Wirtschaftslage aufbauend, stützte sich der **Zweijahresplan (1947 und 1948)** in vielen Zügen auf den Marktmechanismus, der durch die 1946 gesetzlich bestimmte Rahmenplanung von der Wirtschaftspolitik des Staates geleitet werden sollte. Er enthielt Elemente einer Wirtschaftsdemokratie, die auf unterster Ebene in der Industrie durch Mitbestimmung von Betriebsräten und Gewerkschaften, in der Landwirtschaft von Bauernkommissionen und Genossenschaften, ausgeübt wurde.

S. 99 ff., 4.1. Der Zweijahresplan

Als Hauptziel des Zweijahresplanes wurde die **Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung** verkündet. Wenn man als Maßstab das Jahr **1937 nimmt, wurde dies auch erreicht**, besonders beim **Pro-Kopf Nationaleinkommen**, das infolge der Ausweisung von fast 2 Millionen Einwohnern deutscher Nationalität verhältnismäßig stärker als die Kennziffern des Gesamtvolkseinkommens anstieg (1937 = 100; Gesamtergebnis des Volkseinkommens 1948 = 97; Pro-Kopf Volkseinkommen 1948 = 113). **Von den mittel- und südosteuropäischen Staaten gelang es nur der ČSR, den Vorkriegslebensstandard binnen 3 Jahren wieder zu erlangen**. In den weiteren Fünfjahresplänen blieb zwar das Ziel eines dauernd ansteigenden Lebensstandards theoretisch bestehen, musste aber dem Aufbau des Sozialismus und der Erzielung **größtmöglicher Unabhängigkeit von den kapitalistischen Ländern**,

den Hauptzielen der stalinistischen Plankonzeption in der KSC-Führung weichen.

Im Grunde genommen stellte der Zweijahresplan das Erneuerungs- und Wiederaufbauprogramm der Regierung der Nationalen Front dar, das - wie schon besprochen (vgl. S.80) - auf einem demokratischen Konsens beruhte. Bis Ende **1948** sollte das **Wirtschaftsniveau von 1937 erreicht** werden, während sich die Industrieproduktion um 10 Prozent erhöhen sollte. Die **Bevorzugung der Industrie** spiegelte sich in der Verteilung der Kapitalanlagen wieder: von der Gesamtsumme der geplanten Investitionen (69,88 Milliarden Kčs) waren 57 Prozent für das Bauwesen und 43 Prozent für die Industrie vorgesehen. Fast ein Drittel der Gesamtinvestitionen sollte der **beschleunigten Industrialisierung der Slowakei** zufließen, wo ein rascher Aufholprozess begann. Doch die Planinvestitionen wurden nur zu 64 Prozent erfüllt, da vor allem die Bauwirtschaft den Anforderungen des Zweijahresplanes nicht gerecht werden konnte und mit einer Fehlmenge von 33 Prozent Ende 1948 abschloss. Auch die Landwirtschaft erreichte nur 80 Prozent der Agrarproduktion von 1937, einerseits durch den Mangel an Investitionen und die **Abwanderung von jugendlichen Arbeitskräften**, andererseits durch die katastrophale Trockenheit des Sommers 1947. Während des Jahres 1947 änderte sich die internationale Lage, auch die internen politischen Spannungen wirkten sich ungünstig auf die tschechoslowakische wirtschaftliche Entwicklung aus (vgl. S.88). Trotz dieser Unzulänglichkeiten wurde der Zweijahresplan in den gesamtwirtschaftlichen Kennziffern weitaus erfüllt: das betrifft vor allem das Volkseinkommen, das Verkehrswesen und die **Industrieproduktion, die Ende 1948 das Vorkriegsniveau um 10 Prozent überschritten** hatte. **Am Ende dieser Wiederaufbauperiode hatte die ČSR als einziges mittel- und südosteuropäisches Land, ähnlich der westeuropäischen Staaten, den Vorkriegsstandard im wesentlichen wiedererlangt.**

[...]



Siehe unter anderem auch:

- PK 2011-2 Teichová, Politik und Wirtschaft in der Tschechoslowakei 1918-1945 (Auszüge)
- PK 2011-2 Turner, Die gegenwärtige Lage der Glasindustrie in der Tschechoslowakei (1922)
- PK 2011-3 Joyce, Anzeigen von Glassexport, Czechoslovakia, in Pottery Gazette 1960
- PK 2012-4 Teichová, Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918-1980 (Auszüge 1945-1947)

Siehe unter anderem auch:

WEB PK - in allen Web-Artikeln gibt es umfangreiche Hinweise auf weitere Artikel zum Thema:
suchen auf www.pressglas-korrespondenz.de mit GOOGLE Lokal →

- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2004-1w-drdacka-glasfachschulen-cssr.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2005-3w-fanderlik-glasindustrie-cssr-1948.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2005-3w-housa-glassexport-1948-1983.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2009-4w-glasrevue-1988-08-glassexport.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2009-4w-glasrevue-1990-05-glassexport.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2009-4w-haller-crystalex-lednicke-rovne.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2009-4w-glasrevue-1987-11-utekac.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2010-1w-glasrevue-glassexport-1993.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2010-2w-glasrevue-1986-glassexport-liberec.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2010-4w-sg-fachschule-zelezny-brod-2010.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2010-4w-hais-fachschule-novy-bor-2010.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2011-2w-turner-tschech-1922.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2011-2w-teichova-tschech-1918-1945.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2011-3w-joyce-glassexport-pottery-gazette.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2012-4w-teichova-tschech-1945-1947.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2012-4w-glasrevue-1946.pdf
- www.pressglas-korrespondenz.de/aktuelles/pdf/pk-2012-4w-glasrevue-1947.pdf

